

# VORWÄRTS

**Sozialistische Zeitung**
**öS 8.-**

Aus dem

**Inhalt:**
**Sozialdebatte**
**AK-Wahlen**
**FPÖ**
**Kubakrise**

## Keine Stimme für FPÖ, ÖVP und LIF!

# Gegen Rechts wählen!

Sozialistische Linkspartei / SPÖ  
Österreichische Sektion des CWR/NA  
Kollerschneide 14/11: A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
E-Mail: slp@gmz.at

**Am 9. Oktober ist es wieder einmal soweit. Nachdem wir vier Jahre nicht um unsere Meinung gefragt werden, dürfen wir unser Kreuzerl machen. Viele, besonders Jugendliche, sehen Wahlen als etwas Nebensächliches an- „weil sich eh nix ändert“, „weil alle Parteien gleich sind“.**

von Claudia Sorger, SJ Wien 3

Immer mehr Menschen blicken in eine düstere Zukunft. Obwohl es einen leichten Konjunkturaufschwung gegeben hat, steigt die Langzeitarbeitslosigkeit weiter an. Derzeit sind 70.400 Menschen schon länger als mindestens ein halbes Jahr arbeitslos, 36% aller Arbeitslosen. Jeder achte österreichische Haushalt ist akut von Armut bedroht. Eine leistbare Wohnung zu finden ist, vor allem für junge Menschen, fast unmöglich geworden. Gewürzt wird das Ganze mit laufenden Skandalen um Politikerprivilegien. Die Bundesregierung, und damit auch die SPÖ-Führung, hat in den letzten vier Jahren durch ihre Politik aktiv dazu beigetragen, daß sich diese Probleme weiter verschärft haben. Zerschlagung der Verstaatlichten, eine Steuerreform, die dem einzelnen Unternehmer mehr als zehn mal so viel brachte wie dem durchschnittlichen Arbeitnehmer und ein Mietrecht, das die Befristungen zuläßt - das sind die „Leistungen“ von Vranitzky und Busek.

**Schwangere und  
Ausländer als Sündenböcke**

Für die Folgen, die diese Politik verursacht hat, werden in den meisten Fällen Ausländer und Mißbrauch von Sozialleistungen durch einzelne Gruppen von Arbeitnehmern und Jugendlichen (schwangere Frauen, Studenten, Kranke...) verantwortlich gemacht. Österreich hat in Europa in Bezug auf rassistische Ausgrenzungsmaßnahmen eine Vorreiterrolle gespielt. Löschnak und der Rest

der Bundesregierung haben in kürzester Zeit geschafft, eine restriktiven Ausländergesetze durchzuziehen. Doch nicht „die Ausländer“ lassen zehntausende Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen. In dieselbe Richtung geht die Diskussion um Studiengebühren, unbezahlte Krankenstandstage und Abschaffung des erhöhten Karenzgeldes. Es ist das alte Spiel, Unmut auf die schwächsten Schichten der Gesellschaft abzulenken, damit die Verursacher von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot (nämlich Unternehmer und Spekulanten) ungeschoren bleiben.

**ÖVP: Partei der Unternehmer**

Die ÖVP als Unternehmensvertretung ist voll auf dem Kurs des Abbaus von sozialen Errungenschaften. Es sollen jene massiver bestraft werden, die die Arbeitslosigkeit als „bequemes Ruhekitchen“ nutzen. Die Arbeitslosen, die wegen der von der ÖVP so dringend verlangten Sanierungspolitik auf der Straße stehen, werden solche Meldungen besonders freuen. Busek will bei den Studenten kürzen und eine knock-out-Prüfung nach 2 Semestern Studium einführen und somit eine Auslese bewirken. Und Staatssekretärin Fekter fordert die völlige Freigabe aller Befristungsregelungen bei Mietverträgen.

**Blaue Hetzer**

Daß die Früchte von Haß und Unmut über die Politik der Regierung weiter die FPÖ erntet, muß auf alle Fälle verhindert werden. Haider ist keine Opposition zur Politik des Abbaus sozialer und demokratischer Rechte. Sein Konzept der „3.Repu-

blik“ bedeutet nichts als eine Radikalisierung dieser Politik der Angriffe. Niemand steht so klar wie er für Sozialabbau und Polizeistaat. Versteckt wird das ganze hinter ausländerfeindlichen Phrasen, die den Nährboden schaffen, auf dem sich militante Nazibanden dann an die Öffentlichkeit trauen.

Das Liberale Forum wird von manchen als fortschrittliche Partei gesehen. Aber obwohl das Liberale Forum einige fortschrittlichere Forderungen hat, wie z.B. zur Homosexualität, bleibt es eindeutige eine Unternehmerpartei, die Wahrung des Eigentums und Marktwirtschaft mit größerer Eigenverantwortung (das heißt z.B. Selbstbehalt bei Versicherungen und Krankenkassen) als Grundsätze hat.

Die Grünen haben in den letzten Jahren einige große Sprünge nach rechts, oder, wie es ausdrücken, Richtung „Realpolitik“ gemacht. Programmatisch bieten die Grünen keinerlei echte Alternative zum bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystem (genauso wie keine der anderen Parteien). Ein bisschen Ökosteuer hier, höherer Benzinpreis da und schon haben wir die Probleme gelöst. Grüne Politiker haben sicherlich in einzelnen Punkten gute Arbeit geleistet (z.B. in Bereichen von sogenannten Randgruppen). Doch gleichzeitig muß man sehen, daß sich die Grünen von der Entwicklung ihrer politischen Linie und ihren Wählerschichten auf Leute orientieren, die oft dem Leben und Problemen der großen Mehrheit von Arbeitnehmern und Jugendlichen gleichgültig gegenüberstehen.

Zur Wahl der SPÖ gibt es bei diesen Wahlen keine Alternative. Jedes Promot weniger für sie ist ein Pluspunkt für die Bürgerlichen, in erster Linie für die FPÖ. Jede Schwächung der SPÖ bedeutet, daß sich die Unternehmer noch offener mit ihren Angriffen ans Tageslicht trauen.



Die Regierung schickt uns in die Arbeitslosigkeit!  
Wir müssen uns wehren. Auch nach dem 9. Oktober

## Unser Wahlprogramm:

Sofortiger Bruch der Koalition ist die Grundvoraussetzung für eine klare Interessensvertretung von Arbeitnehmern und Jugendlichen. Schluß mit Privilegien und Postenschacher - Facharbeiterlohn für Funktionäre. Entzignung der Spekulanten - um Wohnraum für alle zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn statt Sozialabbau. Und weg mit allen ausländerfeindlichen Gesetzen. Stattdessen Kampf gegen die wirklichen Schmarotzer in der Gesellschaft - die Mautner Markhofs und Rogners. Das ist unser Wahlprogramm, daß wir auch nach dem 9. Oktober aufrecht erhalten. Denn niemand anders als die Mehrheit der Bevölkerung selbst kann es verwirklichen.







# Was will die FPÖ?

## Die Freiheitlichen: Ihre Geschichte, ihre Politik, ihre Pläne

„Unser Ziel: Ein nichtsozialistisches Österreich“ (Jörg Haider). Im Kartext bedeutet das in erster Linie: Pauschale Diffamierung von Gewerkschaften und Arbeiterkammer als rote Parasiten. Krankenkassen und öffentliches Gesundheitswesen sind Tintenburgen (und gehören daher im Prinzip abgeschafft). Die hohen Gehälter und Privilegien von SP- und Gewerkschaftsfunktionären sowie deren Abgehobenheit von der Basis leisten Haider natürlich Vorschub - er versucht den Arbeitern als Schlussfolgerung klarzumachen, sie müssen mit den Verdrängten brechen und austreten.

Tatsächlich ist die FPÖ mit der gängigen Wirtschafts- und Eigentumsverfassung praktisch durchgehend einverstanden. Mit den Phrasen gegen Privilegien und Zwang

Manfred Wiesner; AKÖ Wien-West

(z.B. Abschaffung Zwangsmitgliedschaft in der Arbeiterkammer, weniger Rechte für den ÖGB, soziale Deregulierung) soll das Sozialsystem und unsere erkämpften Rechte abgebaut werden.

„Unsere Politik setzen wir mit der sozialen Volksgemeinschaft durch“ (Jörg Haider)

Als Alternative zum „Gewerkschafts- und Kammer-Staat“ hat die FPÖ das Modell der „sozialen Volksgemeinschaft“ parat, das heißt eine Gesellschaft ohne Gruppenauseinan-



Haider's Ziel: Polizeistaat Österreich

verhältnissen ändert sich nicht. Gewerkschaften und Arbeiterpartei werden aber unterdrückt oder verboten, demokratische Freiheiten eingeschränkt oder abgeschafft. Die Unternehmer sollen noch „eingeschränkt“ bestimmen, während wir kuscheln müssen. Das ist das Weltbild der FPÖ. Die Starke (die Un-

keine Erfindung der FPÖ. Ideologische Notwendigkeit. Rassismus gezielt einzuweisen, begann mit der Kolonialisierung. Mit pseudowissenschaftlichen Theorien (Gehirn abwägen, Penislänge abmessen, etc.) versuchte man Schwarze als Tiere darzustellen und sie somit als Sklaven zu benutzen. Sie dienten als Rechtfertigung für die Raubzüge Europas gegen Südamerika, Afrika und Asien. In der einen oder anderen Form wurde sie seitdem von den verschiedenen Machthabern immer angewandt - nach dem Prinzip: Teile und herrsche! Die FPÖ vertritt diese Konzepte teilweise ganz offen. Sie behauptet z.B. daß das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft automatisch zu (gewalttätigen) Auseinandersetzungen führen muß - wie man ja jetzt in Bosnien sehen könne. Die logische Schlussfolgerung ist, daß die Unterschiede, die zu diesen Konflikten führen, den Menschen im Blut liegen müssen und nicht in den jeweiligen politischen oder sozialen Verhältnissen. Daß das Blödsinn ist beweist gerade das Beispiel Indien. Denn 40 Jahre lang lebten die Menschen dort relativ friedlich miteinander.

„Der Hort der Familie soll im Mittelpunkt stehen“ (Frau Höbinger-Lehrer, FPÖ Nr.2)

Im reaktionären Menschenbild der FPÖ wird die Rolle der Frau in erster Linie als die der Mutter gesehen. Mädchen und Frauen sollen wieder die „Liebe zur Hauswirtschaft“ und die Freude an ihrer ureigensten Aufgabe entdecken - Massenmedien und Staat sollen schon in der Pflichtschule für Mädchen „Hausfrauenunterricht“ einführen. Kriemhild Trattning, langjährige Spitzenpolitikerin der FP Kärnten vertrat am radikalsten völkische Ansichten zu Frauen. Pille und sexuelle Verfügbarkeit bezeichnete sie als „Entwürdigung der Frau“ und Kindergebärten seien eine „Sünde wider die Natur“. Was Haider unter Gleichberechtigung versteht, schreibt er im Nachwort zur FPÖ-Familienbroschüre, daß eine „Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abbau der Frauenbeschäftigung“ erreicht und die „Verfügbarkeit der Mutter für Familie und Kinder“ sichergestellt werden soll. „Die Freiheit, die ich meine“ meint

Es liegt im logischen Interesse der Unternehmer, die Arbeitenden in verschiedene Gruppen (In- und Ausländer, Mann und Frau, ...) aufzuteilen - gerade, wenn aufgrund des Chaos der Marktwirtschaft soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne oder Wohnungsnot aufzutreten. Sündenböcke werden gebraucht. Die Folge ist eine höhere



Wenn es nach der FPÖ geht, gehörten alle Ausländer hinter Gitter

Rechtslosigkeit der Ausländer und damit eine verstärkte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Das heißt, ausländische Kolonialisten müssen oft illegal arbeiten, das drückt die Löhne und bewirkt, daß oft Österreicher entlassen werden. Was das betrifft, hat sich die FPÖ durch ihren „Mann in der Re-



Dorthin führt uns die FPÖ-Politik

der Krise mag es für Unternehmer sinnvoll sein, die Frauen wieder heimsteuern zu können, während in Zeiten des Arbeitskräftemangels möglichst viele arbeiten sollen. So oder so, wenn der Mann als Familienernährer und die Frau als Heimeinwohnerin am Herd definiert wird, können die Kapitalisten immer beide Gruppen auspielen und den Frauen niedrigere Löhne zahlen.

„Die FPÖ tritt für einen Sparkurs, Verwaltungsreform, Privatisierung und eine Höchstgrenze der Abgabengrenze von 40 Prozent ein.“ (FPÖ-Anzeige in der Krone, 21.8.94)

Selten gibt die FPÖ so klare Bekenntnisse zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ab, sie möchte es sich mit ihren Wählergruppen nicht verschmerzen, denn zur Zeit geht es der FPÖ und Jörg Haider nur um eines: möglichst viele Stimmen für sich zu verbuchen. Opposition um (fast) jeden Preis lautet die Devise. Daher all der Populismus und die Widersprüche bei Reden und Schriften für verschiedene Interessengruppen. Vor Arbeitern mimt er den Sozialpolitiker, spricht sich gegen Entlassungen und Lohnkürzungen aus und schimpft gegen die „linke Schickleria mit den Champagnergläsern“. Bei Unternehmern empfängt er, sichtlich angetan, selbst ein solches und tritt für die „Deregulierung des Sozialstaats“, vollständige Privatisierung der Verstaatlichten ein. Vor Bauern vermarktet er wiederum dessen und ist für regulierende Maßnahmen um den „Bauernstand“ zu fördern.

Die obige Aussage zeigt das wahre Gesicht Haider. Privatisierung heißt Entlassungen, Pensionstreichungen und Verarmung weiter Regionen. Eine

unter „Sparkurs“ wohl nur ein sozialer Kahlschlag der Sonderklasse gemeint sein kann, und nicht eine Abschaffung von Politikerprivilegien, die Haider in seiner Zeit als Landeshauptmann nicht angetrührt hat, ist wohl auch klar.

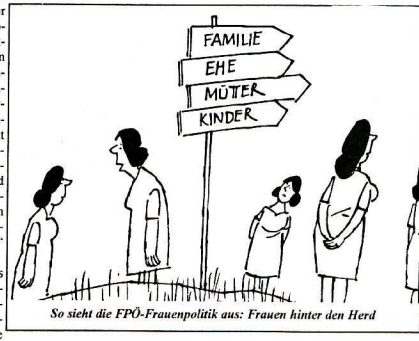
„Ich will eine dritte Republik“

Die Dritte Republik ist mehr als ein Schlagwort. Sie ist das Modell der radikalsten Teile des Bürgertums. Es geht um eine vom „sozialistischen“ Staat gesteuerte, politisch kontrollierte Gesellschaft. Und wenn Teile der ÖVP (z.B. OöAB-Obmann Hochtl, LH Krainer und Katschberger) mit dem FP-Programm und einer bürgerlichen Koalition liebäugeln, dann ist klar, welches Szenario uns in den nächsten Jahren bevorsteht. Noch ist es zu gefährlich für die Unternehmer, diese Option auszuspielen. Sozialpartnerschaft und



Noch kann Haider lachen, aber wehe es setzt Widerstand

von 50% zahlt man nämlich erst bei der SPÖ in der Regierung sind ein Garant für Stabilität und ein ruhiger Million Schilling. Und daß halten der Arbeiter. Doch mit jedem



So sieht die FPÖ-Frauenpolitik aus: Frauen hinter den Herd

## Die Geschichte der "Freiheitlichen"

Die FPÖ beruft sich historisch auf das dritte, liberal-nationale Lager, das angeblich zwischen Arbeiterbewegung (Sozialdemokratie) und konservativem Bürgertum steht. Doch in Österreich gab es nie eine wirklich starke liberale Tradition, das dritte Lager war stets im nationalen, rechten und antisemitischen Bereich angesiedelt. Nach dem Krieg wurde der VdU (Verband der Unabhängigen) als Aufbaupartei für die Ethnialen aus der Taufe gehoben. Die damalige SPÖ-Führung unterstützte diese Gründung, weil sie sich eine gegenseitige Schwächung der bürgerlichen Parteien erhoffte und auf diese Art und Weise zur stimmenstärksten Partei werden wollte. Abgesehen davon, daß diese Haltung Bänder über die Politik der SPÖ sprich, ging der Plan nicht auf. Der VdU schwächte SPÖ und ÖVP gleichermaßen. 1955/56 ging aus dem „Wahlverband“ (gemeinsam mit der „Freiheitlichen“) die FPÖ hervor. VDU-Gründer Kraus und Reimann beschrieben die Gründung der neuen Organisation als „Machübernahme von Rechtsdemokraten und ehemaligen Nazisführern“. Zweifellos haben diese Schichten in der FPÖ immer eine Rolle gespielt. Die FPÖ hatte immer einen weit offenen Rand nach Rechts, sämtliche rechtsdemokratischen Führungspersönlichkeiten haben zahllose direkte und indirekte Berührungspunkte mit dieser Partei. NDP-Gründer Burger war Freiheitlicher, Otto Scrinzi (Gründer der National-Freiheitlichen Aktion) ihr Abgeordneter. Gottfried Küssel ihr Kandidat zum Gemeinderat. Aber in ihrer Gesamtkonzeption, ihrer Programmatik und Struktur war die FPÖ keine faschistische Partei. Eine allzu offene rechte Partei hätte während der Zeit der relativen wirtschaftlichen und sozialen Stabilität ohnehin keine Chance gehabt. In einigen Phasen versuchten die unterschiedlichen FP-Führer die FPÖ als flexible, koalitions- und paktfähige kleine Partei des Bürgertums (ähnlich der FDP in Deutschland) zu etablieren. Das Terrain wurde in verschiedene Richtungen abgetestet. Der Parteiboss Helmut Peter (selbst Ex-SS-Hauptmann) unterstützte 1970 die SPÖ-Minderheitsregierung unter Kreisky, im Tausch für eine Wahlrechtsreform. 1979 traten ÖVP und FPÖ gemeinsam an, um die SPÖ-Absolute zu stürzen. Und als diese dann 1983 tatsächlich verloren gingen, kam es zur kleinen Koalition zwischen der „liberalen“ FPÖ-Führung um Stager und der SPÖ. Diese Regierung war die erste, die offene Angriffe wie Sozialabbau oder Bildungsstopp, gegen die Bevölkerung richtete. Die Folgen waren vor allem für die FPÖ katastrophal. Meinungsumfragen gaben ihr noch 1-2%. Das war die Chance für die nationale Basis, die in Haider ihren Führer gefunden hatte und der Zusammenarbeit mit der „roten Brüder“ nunhin nie gepaßt hat. Putzartig übernahm er 1986 die Partei, brach sofort die Koalition und legte die Partei auf einen extrem rechten und ausländerfeindlichen Kurs fest. Das FPÖ seitdem einen Wählerfolg nach dem andern feiern kann, ist kein Zufall. Sie profitiert von dem immer stärkeren Unmut, den die soziale Krise, steigende Armut und Arbeitslosigkeit, Privilegien und Postenschieber hervorrufen. Weil es noch keine starke linke Alternative gibt, die Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmer und der Regierung auf uns organisiert, kann sich die FPÖ mit ihrem Rassismus als einzige Opposition profilieren.

### Perspektiven

Die FPÖ hat seit Haider's Machübernahme einige deutliche Sprünge nach Rechts gemacht (z.B. Abschaltung des Liberalen Forums). Wie weit diese Entwicklung noch gehen wird, hängt in erster Linie davon ab, ob die Unternehmer zum ersten Mal seit 24 Jahren eine Möglichkeit sehen und sich trauen, eine Regierung ohne SPÖ zu stellen. Im Tausch für eine Regierungsübernahme würde Haider etwas gemäßigtere Töne anschlagen. Daß eine solche schwarz-blaue Koalition prinzipiell möglich ist, zeigen immer wieder die Äußerungen, die von Spitzenpolitikern aus beiden Parteien kommen. Klar ist, daß die FPÖ eines bleiben wird: Die Partei, die die schärfsten Anschläge auf unser Leben, unsere Arbeitsplätze und unsere Zukunft verübt.

Zurückweichen vor den Unternehmerngriffen wird die Chance für einen bürgerlichen Frontalangriff auf die Thatchers größer. Es gilt, gegen dieses mögliche Szenario Opposition aufzubauen. Die Bürgerlichen werden uns nichts schenken, und auch die Parteibürokraten der SPÖ werden erst auf Druck der Straße ihre Politik ändern. Nur wir, Arbeitende, Studierende, SchülerInnen und Schüler können mehr Rechte für uns erkämpfen und dem rechten Vormarsch Einhalt gebieten. Der heutige Kampf gegen ausländerfeindliche Gesetze, Sozialabbau durch die Regierung und die FPÖ ist der Kampf gegen jede Möglichkeit einer Republik a la Haider in der Zukunft.

Was ist Faschismus? ... und wie wir ihn bekämpfen!

Eine völlig neu überarbeitete Fassung des Klassikers unter den VORWÄRTS - Broschüren!

Jetzt bestellen, um 40 6S

Versand erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto:

PSK 8812.733



Die FPÖ bereitet den Boden für sie!

dersetzung oder, anders gesagt, Klassenkampf. In allen autoritären bürgerlichen Gesellschaftsauffassungen kommt diese arbeitnehmerunterdrückende „Solidargemeinschaft“ vor. Die Nation, das Volk wird über die Klasse gestellt, und so wird vorgekauft, wir alle (Unternehmer und Arbeiter, Spekulant und Wohnungssuchende) säßen in einem Boot und sollten gemeinsam und solidarisch (!) handeln. Da es aber in der Natur des Kapitalismus liegt, daß wir unsere Interessen (mehr Lohn, bessere Sozialleistungen) haben als Unternehmer, wird logischerweise ein starker und autoritärer Staat verlangt, der „ordnend“ eingreift. An den Besitz-

nehmer) setzen sich in einer solchen „freien“ Gesellschaft halt durch. Politiker und Privilegiertenritter

Immer wieder weist Haider in seinen Reden auf den Postenschacher und die Privilegien vor allem von SPÖ-Politikern hin. Unzählige Beispiele beweisen, daß er den berechtigten Unmut über Pfirnde und Aufwandsentschädigungen nur für Propagandazwecke ausnützt. Die FPÖ selbst ist aus dem Dasein besser: In seiner Zeit als Landeshauptmann von Kärnten wurde der Bruder eines FP-Spezies zum Aufsichtskommissär der Kärntner Sparkasse gewählt und die

„Eigene Schulklassen für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache“ (Ausländervolksbegehren der FPÖ)

Die FPÖ benutzt die Ideologie Rassismus zur Zeit am aggressivsten, sie ist die Partei, der die geistige Urheberschaft für Neonazi-Briefbomben und brennende Ausländerwohnheime in erster Linie anzulasten ist. Durch sie fühlen sich faschistische Banden ermuntert, mit Anti-Ausländer-Aktionen in die Offensive zu gehen. Das fing 1993 bekanntlich mit dem Ausländer-Raus-Begehren der FPÖ an und hörte mit den VAPÖ-Briefbomben auf. Die politische Welle Rassismus, ist



Jetzt ist es da!  
Das neue VORWÄRTS, jetzt größer und noch besser! Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren.  
Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- ☐ Eine Probenummer gratis!  
☐ Ein VORWÄRTS-ABO für: Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:  
☐ 5 Nummern zu € 50 (inkl. Porto) ☐ 5 Nummern zu € 100 (inkl. Porto)  
☐ 10 Nummern zu € 100 (inkl. Porto) ☐ 10 Nummern zu € 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- ☐ mich persönlich mit einem VORWÄRTS-Unterstützer treffen  
☐ zu Veranstaltungen eingeladen werden  
☐ VORWÄRTS zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)  
☐ Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

## Termine

08.09.: „Fajballfans gegen Rechts“. Treffen mit antifaschistischen Fans verschiedener Vereine im AKÖ Wien Nord  
14.09.: „Einfach unehrlich - Einfach Jörg“. AKÖ Wien West  
29.09.: Diskussion „Plattform für einen sozialistischen Kurswechsel“ mit Brigitte Ederer, 19.30 Uhr Allerheiligenplatz 17; Wien 20  
30.09.: „AKÖ gegen FPÖ: 1-0“ Wir kommentieren Haider Sommergespräch. In der AKÖ Wien Süd  
01.10.: Demonstration der „Plattform für passives Betriebsratsrecht für Immigrantinnen und Immigranten“, 15 Uhr Yppenplatz, Wien 16  
03.10.: „Woher kommt Bandenkrieg und Jugendkriminalität?“ Veranstaltung des AKÖ Gänserndorf  
08.10.: „Festival gegen die FPÖ“ veranstaltet vom AKÖ in der Arena; Baumgasse 80; in Wien 3, Beginn 19.00 Uhr

Wo ihr uns treffen könnt:  
**Wien**  
SJ 3/ Gruppe COMMUNE:  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
3. Zentrum Erdberg  
Lehrterstr. 2-4

Sozialistische Jugend 20:  
jeden 1. Mittwoch im Monat  
19 Uhr  
20. Allerheiligenplatz 17

AKÖ Wien-Süd:  
jeden Freitag 19 Uhr  
5. „Rutpunkt“  
Reinprechtsdorferstr. 6

AKÖ Wien-West:  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
15. Goldschlagerstr. 26  
(im Jugendkeller)

AKÖ Wien-Nord:  
jeden Donnerstag 18 Uhr 45  
20. Allerheiligenplatz 17  
Ecke Donauwörthstr. /  
Vorgartenstraße

AKÖ Wien  
Lehrlingsgruppe:  
jeden Freitag 19 Uhr  
7. Siebensternstr. 31

**Niederösterreich**  
Jugend gegen Faschismus  
JRE/Wiener Neustadt:  
jeden Dienstag 18.30 Uhr, Pinguin  
Domplatz, W. Neustadt

AKÖ Gänserndorf:  
jeden Montag um 19.00 Uhr  
in der Schmiedvilla

### Spendet!

Um unsere Ideen besser vorbraten zu können brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die meisten Gelder! Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung. Am schnellsten geht es, wenn ihr es auf unser Konto mit Dauerauftrag! Denkt - denn jeder Schilling zählt!  
PSK 8812.733

**VORWÄRTS Shop**  
VORWÄRTS - Was wir wollen  
66 Seiten, 40 BS

**VORWÄRTS**  
Sozialistische Zeitung

**WAS  
WIR  
WOLLEN**

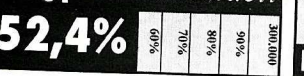
Gegen Nazis T-Shirt  
weiß L oder XL, € 120,-  
Gegen Nazis Buttons € 5,-  
Materialliste € 5,-  
Versand erfolgt nach Einlangen  
des Geldes auf unserem Konto  
**PSK 8812.733**

## Kampffonds

Sommerloch auch bei uns!

Juli und August waren für uns zwar politisch sehr erfolgreiche Monate (Anti-Nazi-Camp, Plattform für das passive Betriebsratsrecht für MigrantInnen, ...), finanziell sah es aber eher düster aus. Wir haben 21.767,60 € OS, das sind nur 43,5% unseres Zieles, eingenommen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß viele Unterstützer und Unterstützerinnen auf Urlaub waren und deshalb unsere Zeitung verkaufen konnten. Einige löbliche und bemerkenswerte Ausnahmen gab es aber doch: Eine Gruppe von UnterstützerInnen gingen an 4 (!) Tagen hintereinander durch Wiens Beislzone und verkauften dort T-Shirts und Zeitungen für 716,- € OS, ein Schüler spendete 300,- € OS, als er von unseren Finanznotizen hörte, und ein Student spendete 5.000,- € OS von seinem, sauer beim Fernstudium verdienten, Gehalt. Bravo! So wird's gemacht. Wenn wir uns alle so verhalten, können wir den Rückstand im September wieder auf. Also dann, VORWÄRTS zu großen Taten (oder besser großen Spenden)!

## KampffondsAktuell



## VORWÄRTS Jugend und Kultur

### Die Feuersteins: Klassenkampf in der Steinzeit?

Mit Batman hat es begonnen, und mit Jurassic-Park wurde es bewiesen. Wenn die Ideen für gute Filme ausgehen, nimmt man eine beliebige Comic-Figur oder Fernsehserie, einen abgetakelten Filmstar als Nebenrolle (diesmal Liz Taylor), viele Spezialeffekte, ein gutes Merchandising mit Feuerstein-Puppen, Kostümen, ... - und fertig ist der Super-Hit.

Michi Gohmacker;  
AKÖ Lehrlingsgruppe

Wer optische Effekte mag, dem wird der Beginn von „Die Flintensteins“ gut gefallen, denn er beginnt mit einem Flug ins Steinzeitalter. Während man am Flugsaurier sitzt, überfliegt man das Meer, die Berge und eine „Steinzeit-Freizeitstube“. Vor allem in Kinos mit großer Leinwand ist das sicherlich ein optisches Vergnügen. Die Story selbst ist so 08/15, wie das System, aus dem solche Superhits kommen. Fred Feuerstein (John Goodman) ist ein Bewohner von „Bedrock“ und arbeitet gemeinsam mit seinem Nachbarn und Kumpel Barney Geröllweiser (Rick Moranis) im Bedrock-Steinbruch. Die Frauen Wilma (Elisabeth Perkins) und Betty (Rosie O'Donnell) sind natürlich zu Hause hinter dem

Herd. Wenn sie sich zum Einkauf treffen, plaudern sie über ihre Männer, die man mit Steinzeit-Bier verwöhnen muß, wenn man sich einen neuen Milchschucker kaufen will. Sie wollen halt so überredet werden, damit sie glauben, die Idee wäre von ihnen“, gibt Wilma Feuerstein wichtige Tipps für glückliche Ehen. Die Arbeit im Steinbruch ist hart, aber für echte Steinzeitmänner ist nichts so schlimm wie die böse Schwiegermutter (Liz Taylor). Durch eine Verwechslung wird der naive Fred von Vice-Präsidenten des Steinbruchs bestimmt. „Ich werde nicht vergessen, von wo ich gekommen bin“, gibt sich Fred zu Beginn noch blassbeud. Urlaub, höhere Löhne und besseres Essen, viel will er für die Kollegen durchsetzen. Aber die bildungsbesessene Sekretärin, die (was dem) auch zu allem bereit ist, ist auch dem armen Fred Blanko-Vollkommenheit ab, mit denen der Betrieb „sa-

niert“ wird. Die Entlassungen werden beginnen, und Bedrock wird zur prähistorischen Obersteiermark. Fred ist inzwischen mit Steinalter-Schmiergeldern zum unsolidarischen Manager aufgestiegen, während Barney entlassen wird. Familie Feuerstein wird immer reicher, doch bald bricht der Steinzeit-Klassenkampf mit Streiks und Demonstrationen los. Fred entgeht dabei nur knapp der Lynchjustiz der verzweifelten Ex-Kollegen. Aber an den Entlassungen ist natürlich nicht der Kapitalismus, sondern ein krimineller Manager schuld. Fred deckt dessen Machenschaften auf. Aus Dankbarkeit gibt der Firmenchef allen Arbeitern Urlaub und gutes Essen; die Steinzeit-Sozialpartnerschaft beginnt. Fred ist froh, wieder im Steinbruch schuft zu dürfen. Ganz nach dem Motto: Man braucht kein Geld zum Glückseligkeit.

Trotz dieser zentralen Botschaft ist der Produzent des Films, Steven Spielberg, sicher nicht unglücklich.



Betty (Rosie O'Donnell, l.) und Wilma (E. Perkins)

Schon in der Steinzeit: „Er“ liest Zeitung; „Sie“ darf auf die Kinder aufpassen

!!!!!! Spendenaufruf!!!!!!  
Während einer AKÖ-Lehrlingsveranstaltung mit „antifaschistischen Liedern“ (Nirvana, Grinix, ...) stand auf einmal ein uniformierter Herr in Minirüs um mich und schrie laut: „Wenn das hier sofort obdrückt wird, werd i grantig!“ Nach Aufnahme der Personalien wollte er auch noch an unser (eigenlich Michi's) sauer verdientes Geld - € 5000 wegen Raubstörung. Es war erst halb elf und auf der Straße hörte man es nicht mal. Da Michi kein Millionär ist, sondern Lehrling, spendete bitte zahlreich ans AKÖ-Konto: Harald Mahrer, Bank Austria 734 292 386

Yabba-Dabba-Do!

## Internationales

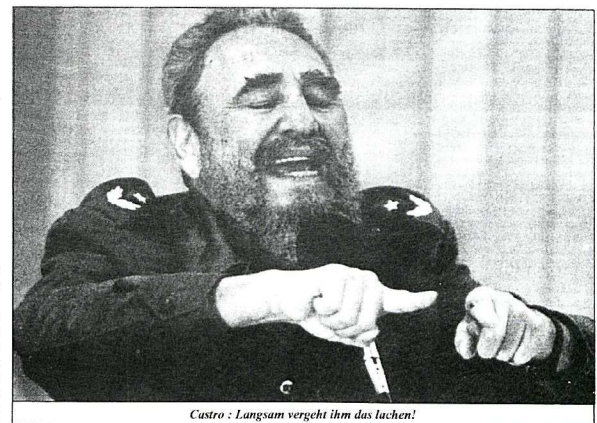


### Warum flüchten tausende Kubaner

Für tausende Kubaner endet im Moment die Freiheit vor der Küste Miamis. Unzählige sind ertrunken, die, die durchkommen, werden „vom freiesten Land der Erde“ zurückgeschickt und auf dem US-Stützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba in Sammelslagern interniert.

von Michi Hotvagner,  
AKÖ Wien-Lehrlingsgruppe

Der Gipfel der zynischen US-Politik ist es nun, andere „3. Welt“-Staaten Lateinamerikas unter Druck zu setzen. Länder wie Mexiko sollen die Flüchtlingsfrage auflösen. Doch warum flüchten die Menschen 35 Jahre nach der Revolution? Hat sich der Kapitalismus auch in Mittel- und Südamerika als überlegen erwiesen? Die kubanischen Guerilleros haben 1959 die Insel aus jahrhundertlangem Ausbeutung und Unterdrückung befreit. Unter dem Diktator Batista (eine Marionette der US-Außenpolitik) galt das Land als Bordell und Vergnügungspark wohlhabender Geschäftsleute. Die Führer der Rebellen, Castro und Che Guevara, genossen große Unterstützung bei der Bevölkerung. Auch wenn sie ursprünglich nicht vor hatten, den Kapitalismus in Kuba zu überwinden, schritten sie unter dem Druck von unten schnell zu Verstaatlichung der größeren Industrien und Enteignung des Großgrundbesitzes. Eine Weiterentwicklung des Landes ohne diese Maßnahmen ausgeschlossen gewesen. Die USA verhängten schon 1959 ein Wirtschaftsembargo und zeigten durch ihre (gescheiterte) Militärintervention in der Schweinebucht 1961, was sie vom freien Selbstbestimmungsrecht der



Castro: Langsam vergeht ihm das Lachen!

## Massenflucht aus Cuba

Völker hielt. Castro begann einen Kurs der engen Anlehnung an die Sowjetunion, die aus strategischem Interesse Kuba großzügig unterstützte. Außenpolitisch verkam die „rote Insel“ immer stärker zu einer Agentur der Krenl-Bürokratie, der die unkontrollierte Entwicklung der Revolution ohnehin ein Dorn im Auge gewesen war. Alte Revolutionäre, die eine stärkere Unterstützung der Befreiungsbewegung, oder mehr demokratische Rechte forderten wurden mundtot gemacht (wie z.B. Che). Trotz dieser Deformationen setzte ein bespionierter sozialer Aufstieg für die Masse der kubanischen Bevölkerung ein. Kindergärten, Gesundheits- und Schulwesen aber auch die Lebensmittelversorgung erreichten ein für die Region einzigartiges Niveau. Aber

mit dem Niedergang der Sowjetunion wurde auch die reale Isolation und die schweren Mängel durch die Mißwirtschaft“ all der Bürokratie in der Verwaltung immer offensichtlicher. Kubas herrschende Cheque um Castro begann verstärkt auf den Tourismus zu setzen. Lebensmittel, Energieversorgung alles was die Kubaner selbst dringend brauchten ließ ab nun in den devisenbringenden Wirtschaftssektor. In der Gesellschaft begann dadurch eine starke werdende soziale Schichtung. Leute die im Fremdenverkehr arbeiten haben schließlich Zugang zu Importwaren und Dollars. Das US-Embargo, eine fertige Kapitalistenklasse in Miami die auf ihre Chance lauert und die immer katastrophalere wirtschaftliche Entwicklung, all das sind Knall-

effekte die die derzeitige Situation prägen. Die KP-Bürokratie hat durch ihre Politik gezeigt das sie nicht in der Lage sein wird, die Revolution zu retten. Denn das wäre nur möglich, wenn sämtliche Privilegien abgeschafft und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft stattfinden würde. Gleichzeitig müßte alles getan werden, um Bewegungen wie die der „Zapatisisten“ in Mexiko zu unterstützen. Doch Castro setzt lieber auf Tourismus und Phrasen wie „Sozialismus oder Tod“. Die Mehrheit der Kubaner weiß, daß sie vom Kapitalismus nichts zu erwarten hat. Doch was sich ihnen als „Sozialismus“ anbietet, zeigt auch keine Zukunftsperspektive. So wählen viele die Flucht, auch wenn sie tatsächlich „Tod“ bedeuten kann.

### Wahlbetrug in Mexiko...

...vermutet der Kandidat der Linken Cardenas. Trotz einer massiven Protestwelle gegen ihre Alleinherrschaft - Aufstände von Bauern und Indianern in Chiapas - behauptet die Staatspartei PRI, die Wahlen gewonnen zu haben. Ihr Kandidat erhielt genau 50,1%, vor der extrem rechten PAN. Die linke PRD wurde überhaupt nur drittstärkste Kraft. Schon in der Vergangenheit hat das durch und durch korrupte PRI-Regime zu Mitteln wie Betrug und Militärgewalt gegriffen, um sich an der Macht zu halten. Doch der jetzige Schachzug wird die bestehenden Widersprüche weiter zuspitzen. Eine Explosion ist bald zu erwarten.

### US-Präsident Clinton hat dem Verbrechen den Kampf angelegt

Manuela Tesak; AKÖ Wien-Süd  
Die Streikwelle, die Anfang Juli mit dem Aufstand der Ölarbeiter begonnen hat, zieht sich mittlerweile über den ganzen Süden des Landes. In der Hauptstadt Lagos selbst ist der Generalstreik praktisch vollständig. Der Streik der Ölarbeiter (Erdöl ist der Hauptwirtschaftszweig Nigerias) übt massiven Druck auf die Regierung aus. Dementsprechend hart reagieren Polizei und Militär: Auf unbewaffnete Demonstranten wird ohne Zögern geschossen. Allmählich wird die Lage des Militärsregimes kritisch. Schon letztes Jahr hatte der damalige Diktator Babangida ähnliche Probleme. Er mußte zurücktreten, nachdem sein Plan, sich die Macht durch halbheilige Wahlen zu sichern, scheiterte. Er ließ für den 12. Juni Präsidentschaftswahlen ansetzen, nach-

### Ein Generalstreik erschüttert Nigeria. „Weg mit der Diktatur“ ist die Hauptforderung, der sich hundertausende Arbeiter angeschlossen haben.

dem er zwei Parteien (plus Kandidaten) nach seinen Vorstellungen gegründet hatte. Doch trotz dieser wohlüberlegten Vorgangsweise wurde Moshood Abiola, der etwas linker auftretende Kandidat, gewählt. Kurzherd annullierte Babangida die Wahl. Doch was ihm die Hand retten sollte, kostete ihn politisch den Kopf. Er war gesteuert, eine Übergangsregierung einzusetzen und sich zurückzuziehen. Doch diese Phase war nur von kurzer Dauer, General Sami Abacha putschte. Er und seine Militärs versuchten daraufhin, die Kontrolle über das Land zu halten. Abiola wurde verhaftet und des Hochverrats bezichtigt. Schon zu Beginn der Proteste setzte eine massive Verhaftungswelle ein. Gleichzeitig versucht das Regime, die Arbeiter an Hand „ethnischer“ Trennlinien zu spalten (Yorubas im Südwesten, Hausa-Fulani im Norden). Der Dachverband der nigerianischen Gewerkschaften (NLC) ist daran

nicht unbeteiligt. Sein Hauptschwerpunkt liegt im Norden, und er zeigt wenig Interesse, gegen die Militärs aktiv zu werden bzw. schwärmt immer wieder zu Verhandlungen ein. Das Versagen der nationalen Gewerkschaftsführung hat dazu geführt, daß sich der Protest nicht auf ganz Nigeria ausgeweitet hat. Doch jetzt, da der gesamte Süden praktisch lahmgelegt ist, ist noch nicht abzusehen, ob im Norden der Streik voll organisiert wird. Die Vertiefung dieses Konflikts könnte bis zur Spaltung Nigerias führen. Der NLC fordert z.B. nicht einmal den sofortigen Sturz der Regierung.

Unterstützer von Labour Militant Nigeria, einer unserer Schwesterorganisationen, waren von Anfang an der vordersten Front der Proteste. Labour Militant, Nigerias einzige sozialistische Zeitung, trat von Anfang an für einen Generalstreik ein, der das Militärregime stürzen und die Wahlergebnisse des 12. Junis veröffentlichen sollte. Labour Militant warnt jedoch die Arbeiterbewegung



General Babangida mußte gehen; alle anderen Generale werden auch gehen müssen vor Illusionen in eine mögliche Regierung des Großunternehmers Abiola. Stattdessen setzt sie sich für eine unabhängige Partei der Arbeiterschaft ein, die ein für allemal die Talfahrt der nigerianischen Gesellschaft stoppen könnte.

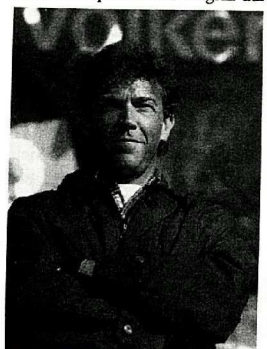


# Wir sind gegen ihn, weil er gegen Euch ist!



„Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist“ - ganz klar, der FPÖ-Wahlkampf hat begonnen. Etwas weinerlich zwar, aber schon ganz bissig. Es stimmt schon, wir sind gegen ihn, aber wirklich nicht deshalb, weil er für euch ist. Ganz im Gegenteil, wenn mit „euch“ normale Arbeitnehmer gemeint sind, dann ist klar, daß der „geistige Ziehvater des rechtsextremen Terrors“ und Sozialabbauer Jörg Haider eigentlich ganz oben auf der schwarzen Liste der nichtwählbaren Personen stehen müßte.

Haider und die FPÖ haben oft genug klar gemacht, wofür sie stehen: Ausländerfeindlichkeit, aggressive Sozialabbaupolitik und Angriff auf



er kämpfte Rechte der Arbeiterschaft. Nicht umsonst konnte Jörg gar nicht schnell genug zustimmen, als z.B. verlangt wurde, den erste Krankenstandstag nicht mehr zu bezahlen. Für wen er ist, ist also klar, nämlich für „sie“. „Sie“, die Großunternehmer, die Bonzen, die uns unsere letzten Rechte wegnehmen wollen, so wie sie es schon bei unseren ausländischen Kollegen getan haben, um sie dann billig als Lohndrücker einzusetzen zu können.

VORWÄRTS und das Antifaschistische Komitee Österreich/JRE sagen ganz klar NEIN zu diesen Ideen. Das AKÖ wird bis zum 9. Oktober eine Anti-FPÖ-Kampagne durchführen. Das Motto: Ausländerfeindlichkeit hat einen Namen: Einfach Jörg - die Alternative: AKÖ! Wir werden österreichweit mehr als 20 Kundgebungen organisieren, wo wir unser „Wahlkampfmaterial“ verteilen wollen. Unsere Lösung: Ich wähle AKÖ ... und werde aktiv! Mehrere

Plakate, die sich mit der FPÖ beschäftigen, verschiedene ralter und Flugblätter mit Kurztönen, sowie unsere bewährten Anti-FPÖ-Aufkleber sind nicht nur auf unseren Infotischen zu finden, sondern auch über unsere Adresse - AKÖ, P.F. 8 1061 Wien - erhältlich. Darüber hinaus werden wir uns auch sehr genau ansehen, wo die FPÖ ihre Wahlkampfveranstaltungen abhält, und werden dort präsent sein. Es wird ein heißer Herbst. Jetzt wird es langsam auch für Dich wirklich Zeit, beim AKÖ mitzumachen. Denn: Wir sind gegen ihn, weil er gegen euch ist.

Michi Bonvalot, AKÖ Wien-Nord

## ANTI-NAZI-CAMP

1500 antifaschistische Jugendliche auf einem Haufen. Eine Woche Diskussionen, Konzerte, Workshops und vieles mehr. Ganz klar, es handelt sich um das erste internationale Anti-Nazi-Camp, das Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) vom 13.8. - 20.8. in Reinwarzhofen, Bayern, veranstaltet hat.

Die österreichische Sektion von JRE, das Antifaschistische Komitee, hat an die 70 Jugendliche nach Reinwarzhofen gebracht. Außer uns waren Teilnehmer von Irland bis Südafrika, von Portugal bis zur Ukraine vertreten. Insgesamt besuchten Jugendliche aus über 20 Ländern Ost- und Westeuropas und Übersee das Camp. Dementsprechend internationalistisch war die Stimmung, nicht nur bei den Diskussionen und Konzerten, sondern auch am Abend bei den Lagerfeuern, Konzerten, Kinovorführungen, JRE-Disco...

Eine Woche lang gab es internationalen Erfahrungsaustausch bei insgesamt über 40 politischen Diskussionsveranstaltungen. Diskussionen gab es zu unterschiedlichsten Themen wie „Einwanderungsgesetze europaweit“, „Gespräche mit Widerstandskämpfern“, „Wie halten wir unseren Stadtteil nazifrei?“, ... Einige dieser Treffen wurden auch vom AKÖ geleitet und gestaltet. Zusätzlich veranstalteten einzelne Gruppen, die auf dem Camp vertreten waren, noch eigene Meetings. Das bei weitem größte und bestbesuchteste war das des „Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI)“, ein internationaler Zusammenschluß sozialistischer Organisationen und Zeitungen. Zwischen 300-500 begeisterte Teilnehmer hörten die Berichte z.B. aus Frankreich, Tschechien, Deutschland oder Großbritannien. Alles in allem war das Camp für JRE und das AKÖ ein voller Erfolg. In Deutschland sollen in 15 neuen Städten Gruppen aufgebaut werden, und auch das AKÖ hat eine Reihe neuer Aktivisten gewonnen.

## Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen...

Dies dachte sich zumindest der Profireporter, der uns am Anti-Nazi-Camp besuchte. In seinem Artikel war die Rede von „Wehrsport gegen Rechts“, „Prügelorgien gegen Skins“ und Besäufnissen. Es wurde der Campleitung Drogenverkauf unterstellt (mittels Bild von einem Tabakpackerl mit der Bildüberschrift: „Shit, Tränengas, Kondome gratis“) und auch eine gewisse hellseherische Fähigkeit kann man Herrn Huber (dem Redakteur) nicht abstreiten.

So sprach er vom stark nachlassenden Besucherstrom bei politischen Veranstaltungen, obwohl er nur wenige Stunden am Campgelände verbrachte. Auch über den Ordnungsdienst machte er sich lustig, um ein paar Zeilen später Anita aus Rostock zu zitieren, die Opfer eines Faschingsangriffs wurde - so nebenbei riefen die Neonazis auch noch zur Rudolf-

Heß-Gedenkwoche auf, aber dies zu erwähnen, hätte wohl den „Justigen“ Artikel gestört. Gerade in einer Zeit, in der KZs geschändet werden und Asylwerberheime brennen, der Nazis vor Gericht freigesprochen werden (der Freispruch der Wehrsportgruppe Trenck wurde im Profil auch noch urteilt) und Neonazisten in der italienischen Regierung sitzen, hat das Profil nichts besseres zu tun, als zynisch und voller Vorurteile über das JRE-Camp herzu ziehen. Der angesammelte Schwachsinn, von Kursen zur Hand-



So sieht uns Huber: Verrückte mit Kalaschnikov

habung von Tränengas(?) bis zu den „roten Wollsocken, die die Wäscheleine dominieren“, ist komplett erlo-

gen. Huber ganz in der Tradition von Staberl - der Rechtsruck in den Medien nun auch bei Profil?

Tanja Boukal, AKÖ Wien-West

## Freispruch für die Wehrsportgruppe Trenck Am rechten Auge blind

Durch den Freispruch der fünf Mitglieder der „Wehrsportgruppe Trenck“ hat die österreichische Justiz erneut (nach der Aufhebung des Küßel-Urteils und dem Freispruch für die Randalierer im KZ Mauthausen) bewiesen, daß sie auf dem rechten Auge blind ist - oder nichts sehen will.

Die Anklage gegen die „Wehrsportgruppe Trenck“ bezog sich nicht auf NS-Wiederbetätigung gemäß Paragraph 3 des Verbotsgesetzes, sondern nur auf den „Aufbau einer bewaffneten Verbindung“, obwohl massenhaft eindeutiges NS-Propagandamaterial im Hauptquartier der Trenck-Gruppe, dem Heim der „Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP), gefunden wurde. Das AKÖ führt bekanntlich seit März eine Kampagne für die Schließung des AFP-Heims, welche die legale Verbindung zwischen FPÖ und Nazi-Szene darstellt.

Das Waffenarsenal der WSG Trenck wurde nicht bei den 5 Angeklagten, sondern bei 2 weiteren Aktivisten gefunden - und führte zum Freispruch bezüglich des Anklagepunkts. Erst nach heftiger Kritik, unter anderem von einigen Politikern und vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), wurde gegen das Urteil von der Staatsanwaltschaft (allerdings erst nach Rücksprache mit dem Justizminister) Beschwerde eingelegt.

Durch solche Fehlurteile zeigt sich erneut, daß wir uns beim Kampf gegen Rechts nicht auf Gesetze und Justiz verlassen können, sondern selbst aktiv werden müssen.

Alf Gollubich, AKÖ Wien-Nord

**Mach mit bei der Anti-FPÖ-Kampagne: Infos bei Antifaschistisches Komitee, PF 8 1061 Wien**